



Niederschrift

**- öffentlicher Teil -
über die 1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Verkehr und Tiefbau
des Stadtrates der Stadt Fürstentfeldbruck**

Sitzungsort:

19.05.2026

Sitzungstag:

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.45 Uhr

Anwesend:

Bemerkungen:

Vorsitzender, 3. Bürgermeister

Heimerl, Philipp

Schriftführer/in

Hess, Christine

Ausschussmitglieder

Bader, Katharina

Bosch, Albert

Brückner, Thomas

Droth, Quirin

Geschwinder, Malte

Heid, Dorothea

Höfelsauer, Franz

Kellerer, Joe

Klemenz, Birgitta, Dr.

Langer, Doris

Milde, Manuel

Pöttsch, Mirko

Rubin, Lisa

Senf, Gunter

Stangl, Christian

Vertreter/in

Di Gorga, Antonio

Abwesend:

Horger, Christian.

Grund:

Entschuldigt

Verwaltung:

Frau Wolter, Frau Kontaris, Frau Bolek, Frau Gessner, Frau Billeter, Frau Halke, Herr Peischl

Öffentliche Tagesordnung

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52. Abs. 3 GO
2. Biodiversitätsstrategie, mündlicher Bericht
3. Projektliste Landschaftsplanung und Grünwesen
4. Jahresbericht und Projektliste Klimamanagement 2025/2026
5. Jahresbericht zum Verkehrsentwicklungsplan 2026 und Projektliste Verkehrsplanung, Radverkehr und Mobilitätsmanagement
6. Verschiedenes

Herr 3. Bürgermeister Heimerl eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

TOP 1	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52. Abs. 3 GO
--------------	---

Keine

TOP 2	Biodiversitätsstrategie, mündlicher Bericht
--------------	--

Frau Wolter von der Verwaltung berichtet, im Jahr 2023 hätten die Mitglieder des Gremiums beziehungsweise deren Vorgänger beschlossen, dass für Fürstenfeldbruck eine Biodiversitätsstrategie erstellt werden solle. Sie teilt mit, dass zwischenzeitlich mit dem Büro Landimpuls ein geeignetes Fachbüro gefunden worden sei. Zudem sei mit diesem ein Vorgehen abgestimmt worden, nachdem die Biodiversitätsstrategie erarbeitet werden solle. Frau Wolter führt aus, dass das Büro heute anwesend sei, um sich selbst vorzustellen und den Ablauf darzustellen sowie zu berichten, welche Schritte bereits erfolgt seien.

Frau Anne Wendl begrüßt den Ausschuss im Namen des Büros Landimpuls, das an diesem Abend durch Frau Ringshandl und ihre Person vertreten sei. Sie erläutert, dass Gegenstand der Vorstellung die kommunale Biodiversitätsstrategie, deren Ablauf sowie die inhaltlichen Schwerpunkte des Projekts seien.

Frau Anne Wendl erläutert den Begriff der Biodiversität und führt aus, dieser umfasse die Vielfalt der Arten, also die Gesamtheit aller Lebewesen in ihren verschiedenen Ausprägungen und die Vielfalt der Lebensräume, wozu unter anderem Heckenstrukturen, Fließgewässer und Stillgewässer gehörten und dann noch die genetische Vielfalt.

Frau Anne Wendl führt weiter aus, weshalb eine kommunale Biodiversitätsstrategie erforderlich sei. Sie erklärt, dass nicht allein staatliche Strategien auf Landesebene ausreichen, weil Kommunen in ihrem eigenen Entscheidungsbereich unmittelbar Einfluss auf die Biodiversität nähmen. Dies betreffe insbesondere eigene Flächen, eigene Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen sowie die Ausweisung von Baugebieten. Mit jeder kommunalen Entscheidung könne daher zugleich eine Entscheidung für mehr oder weniger Biodiversität verbunden sein. Ziel sei es deshalb, Biodiversität bei allen kommunalen Entscheidungen mitzudenken. Hierzu gehörten unter anderem die Nutzung kommunaler Flächen sowie die Möglichkeit, Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft in Pachtverträge aufzunehmen. Für die Stadt Fürstenfeldbruck stellt sie fest, diese sei insoweit bereits gut aufgestellt, weil große Teile der Flächen bereits ökologisch bewirtschaftet würden. Zudem bestünden enge Kontakte zu Flächeneigentümern, Bildungseinrichtungen und Behörden.

Sie betont, dass die Strategie nicht als Alleingang der Kommune angelegt sei, sondern darauf abziele, ein enges Netzwerk aus Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten, Behör-

den und Verbänden aufzubauen. Die Kommune sei hierfür die geeignetste Ebene, weil sie Bürgerbeteiligung unmittelbar ermöglichen könne, sei es über Sensibilisierung, Saatgutverteilungen oder Pflanzaktionen. Ein erster Ansatzpunkt bestehe darin, auf kommunalen Flächen eine Vorbildfunktion wahrzunehmen und gemeinsam mit Bevölkerung und Fachpersonal Biodiversitätsprojekte zu entwickeln.

Frau Anne Wendl berichtet, dass im März nach vorbereitenden Gesprächen mit der Verwaltung bereits ein Fachgespräch mit den beteiligten Behörden stattgefunden habe. Im weiteren Prozess würden nun zusätzlich die Bürgerinnen und Bürger sowie je nach Bedarf auch Bildungsinstitutionen, Gewerbe und Kultur eingebunden.

Frau Ringshandl (ebenfalls von der Firma Landimpuls GmbH) erläutert den Aufbau und die Zielsetzung der Biodiversitätsstrategie. Unmittelbares Ziel sei es, den Schutz der Biodiversität in der Verwaltung, in der kommunalen Planung und in der Stadtgesellschaft des Stadtgebiets Fürstenfeldbruck zu verankern. Der wesentliche Inhalt der Strategie solle in zwei Workshops erarbeitet werden, an denen die Bevölkerung ebenso wie Stadtverwaltung, Stadtrat, Behörden, Vereine, Schulen und Kindergärten beteiligt werden sollten.

Frau Ringshandl führt aus, dass die Strategie auf sechs Handlungsfeldern basiere. Übergreifend werde zunächst eine Vision formuliert, wie die biologische Vielfalt in Fürstenfeldbruck im Jahr 2040 aussehen solle. Anschließend würden für jedes der sechs Handlungsfelder die Ausgangslage und die Zielsetzungen beschrieben.

Frau Ringshandl stellt den Zeitplan für Fürstenfeldbruck dar. Bereits erfolgt seien ein Strategiegelgespräch mit der Verwaltung, die Auswertung und Aufbereitung naturschutzfachlicher Daten sowie das erwähnte Fachgespräch mit örtlichen Vereinen und Behörden. An diesem Fachgespräch hätten unter anderem der Bund Naturschutz, der Bayerische Bauernverband, das Wasserwirtschaftsamt, das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie die Untere Naturschutzbehörde teilgenommen. Ziel sei gewesen, aus Sicht der Fachpersonen zu klären, welche Ziele bestünden, was bereits gut funktioniere und wo noch Verbesserungsbedarf gesehen werde.

Frau Ringshandl lädt die Anwesenden zum ersten Workshop am 27. Juli 2026 ein, der am späten Nachmittag stattfinden solle; die genauen Informationen würden durch Frau Wolter bekannt gegeben. Inhaltlich solle es im ersten Workshop um die Ermittlung von Stärken und Schwächen, erste Impulse für die Ausrichtung der Strategie sowie um die Benennung sogenannter Starterprojekte gehen.

Herr 3. Bürgermeister Heimerl dankt für den Bericht und stellt fest, dass in den kommenden Monaten bis zur Beschlussfassung ein umfangreicher und zugleich spannender Prozess bevorstehe. Er äußert die Hoffnung, dass dabei eine breite Aktivierung der Bürgerschaft gelinge.

Beschluss:

Zur Kenntnis

TOP 3	Projektliste Landschaftsplanung und Grünwesen
--------------	--

Sachvortrag:

Frau Bolek von der Verwaltung erläutert, dass Projekte der Objektplanung aktuell drei größere Vorhaben umfassen.

Beim Projekt Pucherstraße, das erst kürzlich im Ausschuss vorgestellt worden sei, sei die Entwurfsplanung bereits abgeschlossen. Das Vorhaben sei im April im UVTA vorgestellt worden; inzwischen habe die Ausführungsplanung begonnen.

Als weiteres Projekt nennt sie die Platzfläche am AEZ in der Heimstättenstraße. Dieses Vorhaben werde gemeinsam mit dem Sachgebiet 43 bearbeitet, das die Straßenplanung übernehme. Im Zuge der Straßenneugestaltung solle auch die Platzfläche mitgestaltet werden. Seitens der Grünplanung erfolge als nächster Schritt eine Zuarbeit im Rahmen der Vergabe.

Als drittes Projekt führt **Frau Bolek** die Umgestaltung des Amperufers im Bereich Aumühle an. Hierzu sei bereits eine Vorplanung durch ein Büro erstellt worden beziehungsweise durch das Sachgebiet 43 veranlasst worden. Mit dieser Vorplanung habe es bereits Gespräche mit dem Wasserwirtschaftsamt München sowie dem Landratsamt gegeben, damit mögliche Problemstellungen und denkbare Lösungsansätze frühzeitig geklärt werden könnten. Als nächster Verfahrensschritt werde ein wasserrechtliches Verfahren durchgeführt; anschließend werde die Planung fortgesetzt.

Frau Kontaris von der Verwaltung berichtet, die Spiel- und Bolzplatzanlagen seien weiterhin ihrem Aufgabenbereich zugeordnet. Neben dem regulären jährlichen Unterhalt gebe es auch einzelne größere Maßnahmen. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilde der geplante Inklusionsspielplatz „Auf der Lände“ an. Dazu liefen bereits Gespräche, Vorplanungen und ein Informationsaustausch zum Thema Inklusion mit verschiedenen Büros und fachlich spezialisierten Ansprechpersonen. Auf dieser Grundlage solle die Planung im Laufe des Jahres weitergeführt und nach Möglichkeit final abgeschlossen werden.

Frau Wolter teilt mit, auf insgesamt sieben Ausgleichsflächen seien inzwischen Hinweisschilder aufgestellt worden. Die Beschilderung diene dazu, die Bevölkerung über die Flächen zu informieren.

Ebenso berichtet **Frau Wolter** über das Förderprogramm der Baumpflanzungen, welches im letzten UVTA vorgestellt worden ist.

Herr Stadtrat Quirin Droth möchte wissen, was aus dem Vorhaben Fischtreppe geworden ist. Herr Dachsel erklärt hierzu, dass dieses Vorhaben vollständig in der Planung der Stadtwerke liege und die Verwaltung hierzu keine Unterlagen haben.

Herr Droth weist er auf den Uferbereich an der Aumühle hin. Er führt aus, dass sich die aktuell präsentierte Maßnahme lediglich auf ein kurzes Stück von etwa 20 Metern im Bereich der Mauer beziehe. Auf Höhe der Amper-Oase komme jedoch die gesamte linke Uferseite auf der Seite der Amper-Oase entgegen. Die dortigen alten Treppen seien bereits in den vergangenen Jahren leicht abgesackt gewesen, inzwischen jedoch nahezu vollständig unter Wasser. Er bittet die Verwaltung, diesen Sachverhalt zur Kenntnis

zu nehmen, und fragt, ob dieser bereits bekannt sei und ob akut Maßnahmen möglich seien.

Herr Dachsel sichert Herrn Droth zu dies zu prüfen.

Herr Stadtrat Pötzsch bedankt sich ebenfalls für die Informationen und stellt zwei Fragen. Zum einen spricht er die Bühne am Niederbronner Platz an. Er erinnert daran, dass am 25.01.2023, mithin vor gut drei Jahren, beschlossen worden sei, diese zu ertüchtigen. In der Detailauflistung habe er gelesen, die Planung sei erfolgt, die Umsetzung jedoch noch nicht begonnen; zugleich sei in den Unterlagen teilweise erwähnt, dass provisorisch bereits etwas gemacht worden sei.

Herr Dachsel erläutert, dass diese inzwischen soweit hergerichtet worden sei, dass sie wieder in der bisherigen Form nutzbar sei. Eine weitergehende Ertüchtigung sei bislang jedoch nicht erfolgt. Hierfür bedürfe es zunächst eines Nutzers, der den Betrieb übernehme und festlege, in welcher Form dort welche Nutzung stattfinden solle.

Herr Stadtrat Geschwinder äußert sich erfreut darüber, dass im Rahmen der Biodiversitätsstrategie vorgesehen sei, das Ökokonto darauf aufzusetzen und auch das Ausgleichsflächenmonitoring endlich zu beginnen, da in diesem Handlungsfeld nach seiner Auffassung erheblicher Nachholbedarf bestehe.

Herr Stadtrat Geschwinder regt zwei Korrekturen in der konkreten Liste an. Zum einen könne der Punkt C 6, die Drohnenbefliegung durch die Verwaltung selbst, entfallen, da diese nunmehr extern vergeben sei. Zum anderen sei der Umweltpreis weggefallen beziehungsweise werde nun durch die Bürgerstiftung vergeben; der Umweltbeirat sei insoweit nicht mehr involviert, weshalb auch dieser Punkt aus der Liste entfernt werden könne.

Herr Stadtrat Stangl bringt darüber hinaus eine Anmerkung zum Klosterumfeld vor. Er führt aus, dass sich der ehemalige Reitstall, der bereits abgerissen worden sei und derzeit überplant werde, nach seiner Wahrnehmung noch im Sammelbecken befinde. Er könne nicht nachvollziehen, weshalb dies weiterhin der Fall sei, da das Projekt nunmehr überplant werde und deshalb bei den Maßnahmen nach vorne rücken müsse. Weiter teilt er mit, dass er über seinen Fraktionskollegen von einer Besprechung erfahren habe. Er sei nunmehr Kulturreferent für das Kloster Fürstenfeld und bitte darum, künftig zu entsprechenden Besprechungen eingeladen zu werden, da er auch für das Umfeld zuständig sei.

Herr 3. Bürgermeister Heimerl erklärt, dass dies für die Zukunft entsprechend vorgesehen werden könne und die Nichtberücksichtigung wohl der Umstellung geschuldet gewesen sei.

Herr Stadtrat Brückner spricht zwei weitere Anliegen an. Zum einen verweist er auf den Weiher am Marthabräu, der infolge des niedrigen Amperstands erneut in einem sehr schlechten Zustand sei; es sei nahezu kein Wasser mehr vorhanden, vielmehr handle es sich bereits im Mai um eine Schlammfläche, was er als dramatisch bezeichnet. Er bittet darum, diesen Punkt mitzunehmen.

Zum anderen erkundigt er sich zur unter B aufgeführten Begrünung der Bushäuschen. Er habe angenommen, dass diese in der Hauptstraße bereits umgesetzt worden sei.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die Bushäuschen teilweise in einem sehr schlechten Zustand seien, da sie mit Flyern beklebt oder verschmiert seien. Er fragt, ob hierfür die Stadt, das Landratsamt oder der MVV zuständig sei.

Abschließend weist er darauf hin, dass unter A 4 weiterhin der Sachantrag 122 zur Rutsche im Pucher-Meer aufgeführt sei, obwohl dieser nichts mit der Umgestaltung des Amperufers zu tun habe; er habe bereits früher angemerkt, dass dieser Punkt dort entfernt werden müsse

Frau Kontaris teilt zum Marthabräu-Weiher mit, dass bereits beauftragt worden sei, den Weiher auszubaggern.

Herr Dachsel führt aus, er nehme den Hinweis auf und werde die Angelegenheit nochmals an den Tiefbau weitergeben. Er erläutert, dass für die Bushäuschen nach seiner Auffassung der Tiefbau zuständig sei, während für die Begrünung auf den Dächern der Sachgebietsbereich SG 41 verantwortlich sei. Weiter berichtet er, im vorliegenden Stand sei als letzter Meilenstein vermerkt, dass die Maßnahme an der Hauptstraße abgeschlossen sei. Der nächste Schritt bestehe darin, die Einführung der Dachbegrünung auf weitere Bushäuschen auszuweiten.

Beschluss:

1. Die Projektliste im Bereich Landschaftsplanung und Grünwesen wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4	Jahresbericht und Projektliste Klimamanagement 2025/2026
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3912/226 vom 19.05.2026 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau Billeter berichtet, im Jahr 2023 sei die Klimastrategie beschlossen worden. Darin seien die bisherigen Beschlüsse sowie die angestrebten Ziele strukturiert dargestellt worden. Der Bereich Klimamanagement sei in die Themenfelder Klimaschutz und Klimaanpassung untergliedert worden. Im Bereich Klimaschutz nennt sie die Handlungsfelder Energie und Wärme, Gebäude, Mobilität, Wirtschaft, Konsumverhalten, Kreislauf und Sonstiges. Der Bereich Klimaanpassung berichtet über Hitze, Wassermanagement. Ihren Bericht gliedere sie entsprechend nach Handlungsfeldern und den im laufenden Jahr bearbeiteten Maßnahmen und Themen, um Herkunft, Einordnung und Zusammenhang der Projekte nachvollziehbar darzustellen.

Frau Billeter führt aus, ihr Hauptthema im laufenden Jahr und zugleich ihr zentrales Projekt bis ins nächste Jahr hinein sei die kommunale Wärmeplanung. Seit 2024 sei jede Kommune gesetzlich verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Ziel sei es, zu berechnen, in welchen Bereichen ein Wärmenetz sinnvoll sei und wo dies nicht der Fall sei. Hierfür erhalte die Stadt vom Freistaat Bayern einen Zuschuss in Hö-

he von 122.600 Euro, wodurch die finanzielle Belastung gegenüber einer eigenständigen Durchführung deutlich reduziert werde

Frau Billeter berichtet zum Bereich Klimaanpassung, sie wolle noch in derselben Woche eine Pressemitteilung zu sogenannten Refill-Stationen veröffentlichen. Dabei handle es sich um eine deutschlandweite Initiative, bei der Geschäfte und öffentliche Einrichtungen ermöglichen, Trinkflaschen kostenlos mit Leitungswasser aufzufüllen. Teilnehmende Stellen erhielten einen Aufkleber für das Schaufenster, sodass von außen erkennbar sei, dass dort Trinkwasser erhältlich sei.

Frau Billeter ergänzt, der „Hitzeknigge“ liege erneut an verschiedenen Stellen aus. Dieser informiere über richtiges Verhalten bei Hitze

Herr Stadtrat Geschwinder weist darauf hin, dass die kommunale Wärmeplanung bis zum 30.06.2028 abgeschlossen sein müsse; aufgrund der zügigen Vergabe sei Fürstfeldbruck voraussichtlich früher fertig. Unabhängig vom Klimamanagement der Stadt, aber mit Blick auf die Stadtwerke, wolle er jedoch auf eine weitere gesetzliche Frist aufmerksam machen: Nach dem Wärmeplanungsgesetz sei der Wärmenetzbetreiber verpflichtet, bis zum 31.12.2026 einen Transformationsplan zu erstellen. Dieser Transformationsplan sei der Fahrplan für den Wärmenetzausbau und die Dekarbonisierung und laufe unabhängig von der kommunalen Wärmeplanung. Da bis zu diesem Termin nur noch ein begrenzter Zeitraum verbleibe, halte er eine erhöhte Aufmerksamkeit für erforderlich.

Zudem erinnert er daran, dass im Rahmen der Vergabebesprechung zur kommunalen Wärmeplanung einvernehmlich festgestellt worden sei, wie wichtig es sei, die Bürgerinnen und Bürger in jedem Schritt mitzunehmen und zu informieren. Vor diesem Hintergrund appelliert er an die Stadt, die Internetseite der Stadt Fürstfeldbruck zu aktualisieren. Dort seien zahlreiche Inhalte nicht mehr aktuell; die Wärmeplanung werde noch überwiegend im Zusammenhang mit dem Wärmeplan des Landkreises dargestellt, obwohl die Stadt inzwischen deutlich weiter sei. Auch über aktuelle Projektschritte könne bereits jetzt informiert werden.

Herr Dachsel von der Verwaltung sieht dies auch für dringend notwendig.

Herr Stadtrat Stangl erklärt, es sei ihm ein sehr dringendes Anliegen, die Stadtwerke zu diesem Tagesordnungspunkt in den UVT A einzuladen. Er rege an, hierzu noch in der laufenden Sitzung einen Beschluss zu fassen, wonach die Stadtwerke in einer der vor dem 31.12.2026 stattfindenden Sitzungen ihre Strategie darlegen sollten, da die Umsetzung insbesondere im Bereich der Fernwärme ohne die Stadtwerke nicht funktionieren werde. Er führt aus, dass viele Hausbesitzer und Wohnungseigentümer auf konkrete Aussagen der Wärmeplanung warteten, wie es für ihre jeweiligen Objekte weitergehe. Zudem hebt er die zentrale Rolle der Stadtwerke für diesen Prozess hervor.

Beschluss:

Die Projektliste des Klimamanagements wird zur Kenntnis genommen.

Antrag von Herrn Stadtrat Stangl

Die Stadtwerke berichten bis Ende des Jahres im UVTA über den aktuellen Stand über die Transformationsplanung im Stadtgebiet.

Dieser Antrag wurde vom Gremium einstimmig angenommen.

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen 0

TOP 5	Jahresbericht zum Verkehrsentwicklungsplan 2026 und Projektliste Verkehrsplanung, Radverkehr und Mobilitätsmanagement
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3918/2026 vom 17.04.2026 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau Claudia Gessner berichtet, dass die Verwaltung aufgefordert sei, jährlich über den Umsetzungsstand des Verkehrsentwicklungsplans zu informieren. Aus diesem Grund sei die Sitzungsvorlage ausführlicher ausgefallen als bei anderen Berichten. Sie weist darauf hin, dass in die Vorlage auch ein Punkt aufgenommen worden sei, über den gegebenenfalls am Ende beschlossen werden könne, ob die Berichterstattung künftig reduziert werde, weil die jährliche Erstellung des Berichts mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand verbunden sei

Frau Claudia Gessner erinnert daran, dass der letzte Bericht erst im Oktober vorgelegt worden sei, da sich dieser damals verzögert habe. Es seien insgesamt 58 Maßnahmen im Verkehrsentwicklungsplan beschlossen worden, die im Stadtgebiet vorangebracht werden sollten. Diese verteilten sich auf verschiedene Handlungsfelder, die sowohl in der Sitzungsvorlage als auch in der Präsentation übersichtlich dargestellt worden seien. Sie kündigt an, dass sie die Schlüsselmaßnahmen kurz darstellen werde, ohne den Bericht ausschließlich auf diese zu beschränken, damit auch ein Überblick über weitere laufende Arbeiten gegeben werde.

Frau Gessner gibt einen Überblick über die Schlüsselmaßnahmen in einer Power-Point Präsentation.

Frau Gessner weist abschließend auf die Europäische Mobilitätswoche vom 16. bis 22. September hin. In diesem Jahr beschränke man sich mit den Veranstaltungen auf das Aumühlenfest am Sonntag dieser Woche, dem 20. September. Die Planungen hierzu begännen nun. Welche konkreten Veranstaltungen und Angebote dort vorgesehen seien, werde derzeit vorbereitet; ein Besuch sei ausdrücklich möglich, nähere Inhalte wolle sie jedoch noch nicht bekanntgeben, um die Neugier aufrechtzuerhalten.

Herr 2. Bgm. Höfelsauer bedankt sich für den Bericht und erkundigt sich nach dem Ladebereich in der Hauptstraße. Er weist darauf hin, dass es ihm um die Zeiten gehe die vorgegeben werden müssen, wann geladen oder geliefert werden dürfe. Er verweist darauf, dass es in München vergleichbare Regelungen mit festgelegten Zeiträumen gebe. Zudem hält er eine stärkere Kontrolle in der Hauptstraße für erforderlich.

Herr Stadtrat Quirin Droth möchte wissen, ob das ausstehende Verfahren mit der Regierung wegen dem verkehrsberuhigten Bereich in der Schöngesinger Straße schon abgeschlossen ist. Frau Gessner erläutert hierzu, dass es noch keine Antwort von der Regierung gibt.

Weiter führt **Herr Stadtrat Droth** aus, im Bericht sei mehrfach davon die Rede gewesen, dass der gesamte Innenstadtbereich aufgrund der B-2-Verlegung neu geplant werde. Vor diesem Hintergrund fragt er nach dem Sachstand zur Planung für die Kreuzung Marthabräustraße/Augsburger Straße. Diese Planung sei aus seiner Sicht bereits im Endstadium gewesen und man habe sich vor der Ausschreibung befunden, bevor das Thema B 2 erneut aufgekommen sei. Er möchte wissen, ob nun nochmals von Grund auf begonnen werde oder ob auf der bestehenden Planung aufgebaut werde.

Frau Gessner bestätigt, dass hinsichtlich des Knotenpunktes Marthabräustraße/Augsburger Straße gemeinsam mit dem Staatlichen Bauamt bereits eine weit fortgeschrittene Planung erarbeitet worden sei. Genau dies stelle nun einerseits eine Schwierigkeit, andererseits aber auch eine Chance dar. Zunächst müsse mit dem Staatlichen Bauamt über die bisherigen Planungen gesprochen werden, da diese in dessen Auftrag erstellt worden seien. Es sei zu prüfen, ob die Unterlagen als Grundlage weiterverwendet werden könnten. Teilweise wolle man dies jedoch möglicherweise gar nicht, weil künftig von anderen Straßenraumbreiten ausgegangen werden könne. Die Fahrspuren müssten dann nicht mehr die Anforderungen einer Bundesstraße erfüllen, sondern könnten verschmälert werden. Dadurch könnten auch Belange des Fuß- und Radverkehrs stärker berücksichtigt werden.

Herr Stadtrat Pötzs berichtet, er habe sich die Unterlagen angesehen und hierzu mehrere Fragen. Zunächst thematisiere er den ruhenden Verkehr, insbesondere in Anwohnerbereichen. Er verweist darauf, dass in bestimmten Wohngebieten aus seiner Sicht Bedarf für Anwohnerparken bestehe. In diesem Zusammenhang habe er bereits mit Frau Thron gesprochen, die ihm wiederholt erläutere habe, dass eine unmittelbare Einführung nicht ohne weiteres möglich sei, weil hierfür bestimmte Vorleistungen und Gutachten erforderlich seien. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich mit Blick auf den Punkt I 7, ob dort bereits vorgesehen sei, in diese Themenbereiche vorzuarbeiten, damit spätere weiterführende Überlegungen erleichtert würden.

Herr Stadtrat Pötzs führt weiter aus, ihm sei beim Punkt K 7 die Ausstiegshaltestelle am Bahnhofsgebäude aufgefallen. Er habe in der Vorwoche vor Ort noch keine Veränderungen festgestellt. Er bittet hierzu um eine kurze Klarstellung.

Herr Stadtrat Pötzs regt ergänzend an, in Besprechungen mit dem Landratsamt auch die Bussituation am Bahnhof anzusprechen. Ihm sei aufgefallen, dass die vorgesehene Abwicklung eigentlich darin bestehe, dass ankommende Busse zunächst die Bussteige anfahren, damit die Fahrgäste dort aussteigen könnten. Tatsächlich habe es sich jedoch eingebürgert, dass Busse bei Pausen oder Fahrerwechseln zunächst an den Fußweg heranfahren, dort die Fahrgäste aussteigen lassen und erst anschließend an die Bussteige fahren. Dies führe dazu, dass an dieser Stelle keine Barrierefreiheit gewährleistet sei, weshalb insbesondere Menschen im Rollstuhl, Personen mit Rollator sowie Fahrgäste mit Kinderwagen benachteiligt seien. Er stellt klar, dass ihm bewusst sei, dass die Situation nicht einfach zu lösen sei, bittet jedoch darum, das Thema in regelmäßigen Abstimmungen zumindest anzusprechen, damit mögliche Überlegungen oder etwaige Handlungsmöglichkeiten geprüft werden könnten.

Herr Stadtrat Pötzsch verweist ferner auf den Punkt H 9 und erinnert daran, dass im Verkehrsentwicklungsplan beschlossen worden sei, die Machbarkeit eines dritten Amperübergangs zu prüfen. Auch wenn er selbst nicht davon ausgehe, dass hierfür ohne Weiteres gute Lösungen gefunden würden, sei die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans bereits einige Zeit her. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion im Zusammenhang mit der Umfahrung sei dieses Thema von Bedeutung gewesen. Da ein entsprechender Beschluss vorliege, spricht er sich dafür aus, die Prüfung nunmehr tatsächlich in Angriff zu nehmen, zumal aus seiner Sicht der Zeitpunkt hierfür gegeben sei.

Herr Stadtrat Pötzsch weist auf den geplanten Fußgängerüberweg in Puch beim Herrenweg hin und führt aus, er habe dem vorliegenden Sachstand entnommen, dass hierzu bereits Abstimmungen mit dem Staatlichen Bauamt stattgefunden hätten, was grundsätzlich in Ordnung sei. Er merkt jedoch an, dass zugleich ausgeführt worden sei, das Vorhaben sei wegen Kapazitätsproblemen beim Staatlichen Bauamt zunächst zurückgestellt worden. Herr Stadtrat Pötzsch erklärt, man befasse sich mit diesem Fußgängerüberweg bereits seit längerer Zeit, und bittet darum, hierzu ergänzende Ausführungen zu machen sowie zu prüfen, ob das Verfahren weiter angeschoben werden könne.

Herr Stadtrat Pötzsch stellt fest, dass er zu dem Punkt „Straßenplanung/ Machbarkeitsstudie für die Dorfstraße in Aich“ in der Aufgabenliste keinen weiterführenden Sachstand habe, da dort eine „0“ vermerkt sei. Er erinnert daran, dass dieses Thema bereits im UVTA besprochen worden sei und seinerzeit Einvernehmen bestanden habe, das Vorhaben anzugehen. In diesem Zusammenhang seien nach seiner Darstellung Überlegungen vorgesehen gewesen, welchen Umfang die Maßnahme beziehungsweise die Machbarkeitsstudie haben solle. Herr Stadtrat Pötzsch führt aus, dass hierzu nach seiner Kenntnis bislang kein weiterer Vorschlag oder Bericht vorgelegt worden sei, und bittet um eine entsprechende Aussage zum aktuellen Stand.

Frau Gessner führt zunächst ergänzend zum Thema Anwohnerparken aus, dieses liege in der Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde, weshalb sie hierzu keine abschließenden Aussagen treffen könne. Sie sichert aber zu, dieses Thema mitzunehmen.

Frau Gessner berichtet zur Ausstiegsbushaltestelle am Bahnhof, sie habe beim Tiefbauamt nachgefragt, da dort die Ausführung der Bauarbeiten betreut werde. Ihr sei der Monat Juni genannt worden. Frau Gessner wird wegen Parken Gehwegbereich der Busse dies an Herrn Seifert (LRA) weitergeben.

Weiter erläutert sie zum Thema Herrenweg, gemeint sei vermutlich die dort geplante Querungsstelle, also kein klassischer Fußgängerüberweg, sondern eine Querungsstelle mit Mittelinsel. Die Verwaltung habe sich überlegt, diese nicht isoliert zu betrachten, sondern einen Planer zu beauftragen, der zugleich auch die beiden Querungsstellen an der Staatsstraße mit plane. Bei der Staatsstraße sei das Staatliche Bauamt eingebunden. Hierzu sei mittlerweile eine Vereinbarung geschlossen worden. Im Ergebnis verblieben Planung, Bau und Finanzierung bei der Stadt Fürstenfeldbruck.

Herr Stadtrat Brückner spricht der Verkehrsplanung ausdrücklich ein großes Lob aus und stellt fest, dass es sich um ein umfangreiches Programm handle. Zugleich weist er

darauf hin, dass ein erhebliches Problem in einem großen Projektstau liege, der weder Frau Gessner noch anderen Beteiligten anzulasten sei. Er führt aus, dass sich große Projekte wie die Augsburgener Straße, die Münchner Straße, der Sulzbogen, die Oskar-von-Miller-Straße und die Fürstenfelder Straße über Jahre und teils Jahrzehnte hinzögen. Er berichtet, er habe in seiner Projektliste aus dem Jahr 2015 nachgesehen; dort seien die Augsburgener Straße und die Münchner Straße mit einer Realisierung für die Jahre 2016 und 2017 aufgeführt gewesen. Tatsächlich habe man sich nunmehr seit rund zehn Jahren damit befasst, ohne zu einem Ergebnis gelangt zu sein. Herr Brückner ergänzt, die Verlegung der B 2 sei wiederum ein Grund gewesen, weshalb Planungen hätten gestoppt werden müssen. Vor diesem Hintergrund äußert er, dass er solchen Projektlisten kein Vertrauen mehr entgegenbringe. Mit Blick auf die neue Legislaturperiode, in der sechs Jahre zur Verfügung stünden, stellt er fest, dass man die genannten vier großen Projekte in den vergangenen sechs Jahren im Wesentlichen nicht weitergebracht habe.

Herr Stadtrat Brückner führt aus, bei der Sanierung und Umgestaltung der Augsburgener Straße könnten nach seiner Auffassung die Pläne des Straßenbauamtes als Grundlage für eine Umplanung dienen. Er erläutert, das Straßenbauamt habe eine Lkw-Trasse mit großzügigen Abbiegespuren und einer sieben Meter breiten Fahrbahn vorgesehen. Diese Breite könne aus seiner Sicht auf 6,50 Meter reduziert werden, wodurch zumindest ein halber Meter für Radfahrstreifen oder für Fußgänger gewonnen werden könne. Ebenfalls stellt er fest, dass die Augsburgener Straße bis zur Dachauer Straße geplant war. Dieser Abschnitt fehle jedoch und sei aus seiner Sicht auch in der vorliegenden Liste nicht enthalten.

Herr Brückner erklärt weiter, bei der Münchner Straße bestehe eine vergleichbare Situation. Dort liege bereits seit 2017 eine Machbarkeitsstudie vor, die nunmehr seit neun Jahren unbearbeitet sei. Er warnt davor, die Konzepterstellung zur Amperbrückensanierung, zur Vorgehensweise an der Augsburgener Straße, an der Hauptstraße und an der Münchner Straße erneut zu einem gemeinsamen Großprojekt zusammenzufassen, da dies nach seiner Einschätzung zur Folge hätte, dass in den nächsten fünf Jahren wiederum keine Umsetzung erreicht werde. Stattdessen solle man die bereits vorhandenen Grundlagen heranziehen, diese anpassen und möglicherweise zunächst im Abschnitt von der B 471 bis zur Marthabräu-Kreuzung baulich vorankommen.

Als weiteres Beispiel nennt er die Oskar-von-Miller-Straße/Fürstenfelder Straße. Die von Frau Thron berichtete Entwicklung werde man keinesfalls akzeptieren, nämlich dass Gehwege für Radfahrer freigegeben würden, anstatt vernünftige Radverkehrslösungen umzusetzen. Eine geplante Umsetzung habe es bereits in den Jahren 2015/2016 gegeben; diese befinde sich nun seit zehn oder elf Jahren im Rückstand.

Herr Dachsel erläutert bei der bisherigen Betrachtung der Projekte dürften Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden. Die Augsburgener Straße sei nicht deshalb nicht umgesetzt worden, weil die Planung grundsätzlich nicht gewollt gewesen sei, sondern weil die damalige Planung des Staatlichen Bauamtes im Ausschuss vehement kritisiert worden sei. Vorgesehen gewesen seien im Ergebnis Straßenquerschnitte in einer Breite, die einer Schwerlasttrasse entsprochen hätten, ohne ausreichende Aufstellmöglichkeiten für Fußgängerinnen und Fußgänger, insbesondere für querende Schulkinder. Nach Ortsterminen habe die Stadt versucht, die Planung zu optimieren; das Staatliche Bauamt habe jedoch erklärt, dies sei nicht möglich, solange es sich um eine Bundesstraße handle. Rückblickend sei er darüber froh, dass diese Planung nicht weiterverfolgt

worden sei, weil andernfalls nun eine Schwerlaststraße gebaut wäre, die angesichts des Bedarfs an mehr Raum für querende Grundschulkinder erneut hätte umgebaut werden müssen. Vor diesem Hintergrund bestehe die Hoffnung, dass bei den Straßen nun eine deutliche Verbesserung gegenüber der damaligen, vom Staatlichen Bauamt als unumkehrbar dargestellten Planung erreicht werden könne. Mit der veränderten Ausgangslage biete sich nun die gesamte Trasse von der Münchner Straße bis hinauf zur Augsburgener Straße / B 471 zur Neubetrachtung an.

Herr Dachsel erinnert daran, dass an der Augsburgener Straße beziehungsweise Kapellenstraße die Diskussion gerade darin bestanden habe, dass der Knotenpunkt ungünstig habe geplant werden müssen, weil aus nördlicher Richtung eine Linksabbiegespur vorgesehen worden sei. Wenn künftig aufgrund von Verkehrsverlagerungen andere Verkehrszahlen zugrunde gelegt werden könnten, werde an dieser Stelle deutlich weniger Fläche benötigt. Dies betreffe nicht nur eine Reduzierung der Fahrbahnbreite etwa von 6,50 Meter auf 6 Meter, sondern eröffne auch die Möglichkeit, auf Abbiegebeziehungen zu verzichten, Einbahnstraßen in Betracht zu ziehen oder Kreuzungspunkte zu verschwenken. Gleiches gelte auch für die Oskar-von-Miller-Straße sowie für die Fürstfelder Straße. Auch diese Bereiche müssten nun daraufhin untersucht werden, welche Maßnahmen dort möglich seien.

Herr Stadtrat Stangl nimmt Bezug auf den Beschlussvorschlag und kritisiert, die Verwaltung wolle dem Gremium nur alle fünf Jahre berichten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf historische Fünfjahrespläne und erklärt, ein Berichtsintervall von drei Jahren erscheine sinnvoller. Auf diese Weise erfolge die Befassung innerhalb einer Wahlperiode zweimal. Zugleich merkt er an, man beschließe in diesem Gremium keine Gesetze, sondern befasse sich mit anderen kommunalen Aufgaben.

Beschluss:

Änderungsantrag:

1. Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau nimmt den Jahresbericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die in Anlage 1 dargestellte Projektliste für den Fachbereich Verkehr- und Radverkehrsplanung sowie das Mobilitätsmanagement wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle 3 Jahre (somit das nächste Mal im Jahr 2029) erneut ausführlich über den Umsetzungsfortschritt des Verkehrsentwicklungsplanes zu berichten, neue Schlüsselmaßnahmen vorzuschlagen und darauf aufbauend die Projektliste zur Kenntnis vorzulegen. Es sind jedoch weiterhin jährliche Tätigkeitsberichte aus dem Fachbereich Verkehrsplanung, Radverkehrsplanung und Mobilitätsmanagement vorzusehen.

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 8

Somit ist der Änderungsantrag von Herrn Stangl und Herrn Droth abgelehnt.

1. Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau nimmt den Jahresbericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die in Anlage 1 dargestellte Projektliste für den Fachbereich Verkehr- und Radverkehrsplanung sowie das Mobilitätsmanagement wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle 5 Jahre (somit das nächste Mal im Jahr 2031) erneut ausführlich über den Umsetzungsfortschritt des Verkehrsentwicklungsplanes zu berichten, neue Schlüsselmaßnahmen vorzuschlagen und darauf aufbauend die Projektliste zur Kenntnis vorzulegen. Es sind jedoch weiterhin jährliche Tätigkeitsberichte aus dem Fachbereich Verkehrsplanung, Radverkehrsplanung und Mobilitätsmanagement vorzusehen.

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 4

TOP 6	Verschiedenes
--------------	----------------------

Herr Stadtrat Pöttsch berichtet, er habe sich unmittelbar vor der Sitzung erneut in der Nordendstraße aufgehalten und dort mit mehreren Bürgerinnen und Bürgern gesprochen, die mit dem bisherigen Ablauf der Maßnahme unzufrieden seien. Insbesondere habe sich ein Anwohner der Nordendstraße 4 darüber beschwert, dass seine nach eigener Darstellung mit der Verwaltung abgestimmte Grundstückseinfahrt in der Planung nicht entsprechend berücksichtigt worden sei. Dies führe dazu, dass er die beabsichtigte Verbreiterung seiner Toreinfahrt nicht wie vorgesehen ausführen könne. Herr Stadtrat Pöttsch führt aus, dem Anwohner sei im Zusammenhang mit der gewünschten Einfahrtsverbreiterung auch eine Versetzung eines Lichtmastes in Aussicht gestellt beziehungsweise diese bereits umgesetzt worden.

Herr Dachsel erklärt, die von Herrn Stadtrat Pöttsch geschilderte Darstellung sei aus seiner Sicht verzerrt. Er führt aus, dass einem Grundstückseigentümer in Abstimmung mit dem Tiefbauamt eine Verbreiterung der Einfahrt um etwa 80 Zentimeter ermöglicht werde. Das eigentliche Problem bestehe darin, dass eine deutlich breitere Einfahrt im öffentlichen Straßenraum, in dem die Parkmöglichkeiten begrenzt seien, zum Wegfall öffentlicher Stellplätze führen würde. In diesem Fall entstünde ein privater Vorteil zulasten des öffentlichen Stellplatzangebots.

Herr Stadtrat Joe Kellerer trägt zwei Anliegen aus der Bürgerschaft vor. Zum ersten verweist er auf die Pfaffinger Straße im Bereich der Abzweigung von der B 2 in Fahrtrichtung München unmittelbar nach der Unterführung nach rechts. Dort befinde sich die Straße infolge der Baustelle in einem sehr schlechten Zustand. Hintergrund sei nach seiner Darstellung die Stabilisierung des Hanges im Bereich der Gleise gewesen. Er fragt daher, ob beziehungsweise wann die Straße wieder instandgesetzt werde. Zum zweiten übermittelt Herr Kellerer eine Anfrage eines Anwohners aus der Kapellenstraße, und zwar des kurzen Abschnitts zwischen Marthabräu- und Maisacherstraße. Nach dessen Wahrnehmung werde dort häufig zu schnell gefahren, weshalb eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h angeregt werde.

Herr 3. Bürgermeister Heimerl erklärt, beide Anliegen würden aufgenommen, eine unmittelbare Beantwortung sei derzeit nicht möglich. Die Punkte würden entsprechend mitgenommen.

Herr Stadtrat Brückner teilt mit, er habe ein Schreiben eines Anwohners aus der Holzhofstraße erhalten, in dem dieser sich über den Lkw-Verkehr in der Holzhofstraße und der Landsberger Straße beschwert habe. Das Schreiben sei nach seiner Aussage Ende des Jahres an den Oberbürgermeister gerichtet worden, ohne dass bislang eine Antwort erfolgt sei. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, wer derartige Schreiben innerhalb der Stadtverwaltung beantworte.

Darüber hinaus berichtet Herr Brückner, er habe die Landsberger Straße nochmals mit dem Fahrrad befahren. Dabei habe er festgestellt, dass im unteren Bereich an der Schöngeisinger Straße eine Beschränkung auf 16 Tonnen ausgeschildert sei, dass jedoch bei der Einfahrt in die Landsberger Straße aus Richtung Westen beziehungsweise von der KRO her keine entsprechende Beschränkung bestehe. Er regt an, diese Beschilderung zu ergänzen.

Ferner erinnert Herr Brückner an einen bereits vor etwa zwei Jahren vorgetragenen Punkt an der Kreuzung Landsberger Straße / Heimstättenstraße. Dort habe er angeregt, an der nordwestlichen Ecke eine Randsteinabsenkung vorzunehmen. Er beschreibt, dass der Randstein dort teilweise abgekippt und uneben sei und anschließend wieder ansteige. Aus seiner Sicht handle es sich um eine Kleinmaßnahme, wie sie in der Stadt häufiger ausgeführt werde.

Diese Punkte werden entsprechend aufgenommen.

Frau Stadträtin Heid weist darauf hin, dass in der Oskar-von-Miller-Straße in stadtauswärtiger Richtung zwischen dem Stadtpark und dem Parkplatz des Veranstaltungsforsums eine große, lange Hecke erheblich in den Gehweg hineinrage. Nach Darstellung der Bürgerin sei dadurch insbesondere für Radfahrende eine Gefährdung gegeben. Sie regt an, die zuständige Hausgemeinschaft aufzufordern, die Hecke zurückzuschneiden. Nach ihrer Einschätzung rage die Hecke um mindestens 40 Zentimeter in den Verkehrsraum hinein und verursache eine deutliche Behinderung.

Dieser Punkt wird ebenfalls aufgenommen und überprüft.

Herr 3. Bürgermeister Philipp Heimerl beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Philipp Heimerl
3. Bürgermeister

Christine Hess
Schriftführerin